

38
84

Union in Deutschland

Bonn, den 6. Dezember 1984

Haushalt 1985 verabschiedet

Wir sind auf dem richtigen Weg

Der Bundestag hat am 30. November 1984 mit 262 Stimmen der CDU/CSU und der FDP gegen 194 der SPD und der Grünen den Bundeshaushalt 1985 verabschiedet. Damit kann die Regierung im nächsten Jahr über 259,3 Milliarden Mark verfügen. Gegenüber dem Haushaltspan 1984 bedeutet dies einen Anstieg der Ausgaben von nur 0,9 Prozent.

Die Neuverschuldung soll 1985 von etwa 30 Milliarden Mark auf knapp 25 Milliarden zurückgeführt werden. Größter Einzeletat bleibt der Haushalt des Arbeitsministeriums mit 56,8 Milliarden Mark, an zweiter Stelle folgt der Verteidigungsetat.

In der dritten Lesung des Haushalt am Freitag wurden noch einmal die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Politik der Koalition und der Opposition deutlich. Bundesfinanzminister Stoltenberg stellte heraus, daß für die Regierung die Stabilität Vorrang habe.

Der UiD bringt auf den folgenden Seiten Auszüge aus den Reden der Bundesminister Stoltenberg, Blüm, Wörner, Geißler, Wilms und des Fraktionsvorsitzenden Dregger. Die Rede des Bundeskanzlers finden Sie im gelben Teil dieser Ausgabe.

**In dieser Ausgabe
lesen Sie:**

■ HAUSHALTS-DEBATTE

Gerhard Stoltenberg:
Arbeitslosigkeit ist nur mit Wachstum zu besiegen

Norbert Blüm:
Niemand muß um seine Rente fürchten

Manfred Wörner:
Ohne die Bundeswehr gäbe es die Sicherheit und Freiheit unseres Volkes nicht

Dorothee Wilms:
Ausbildungschancen für alle jungen Menschen

Heiner Geißler:
Zukunftschancen für die Jugend gibt es nur in der Sozialen Marktwirtschaft

Alfred Dregger:
Eine Politik der geistigen und politischen Erneuerung

Seite 2 bis 16

■ DOKUMENTATION

Sachverständigenrat
stützt die Bundesregierung:
"Chancen für einen langen Aufschwung" grüner Teil

■ CDU-EXTRA

Erfolgreiche und zielstrebig
Regierungspolitik — Rede von
Bundeskanzler Helmut Kohl vor
dem Deutschen Bundestag

gelber Teil

GERHARD STOLtenBERG:

Arbeitslosigkeit ist nur mit Wachstum zu besiegen

Ich möchte aber schon darauf aufmerksam machen, daß wir in der Haushaltspolitik das Krisenmanagement, das permanente Löcherstopfen, abgelöst haben durch eine stetige, eine berechenbare, eine vorausschauende Politik.

Im übrigen — dies erscheint mir noch bedeutsamer —: In den Jahren 1983 und 1984 haben nicht nur die Regierungsentwürfe, sondern auch die vom Parlament beschlossenen Haushaltspläne während des Haushaltsvollzugs standgehalten.

Anfang 1984 konnten wir feststellen, daß auf Grund strenger Ausgabendisziplin und infolge des neu beginnenden Wirtschaftswachstums der Bundeshaushalt 1983 — der erste in der Verantwortung der neuen Koalition — mit einem hervorragenden Ergebnis abschloß. Die Ausgaben waren um 6,5 Milliarden DM geringer als Ende 1982 veranschlagt. Die Einnahmen lagen um rund 3 Milliarden DM über dem Soll. Damit drückten wir die Nettokreditaufnahme um fast 9,5 Milliarden DM unter den Betrag, den wir sofort nach dem Regierungswechsel noch veranschlagen mußten.

Strikte Ausgabenbegrenzung im Haushaltsvollzug kennzeichnet nun auch das Haushaltsjahr 1984. Bis Ende Oktober sind die Ausgaben nur um 1,1% angestiegen. Da damit zu rechnen ist, daß in den letzten acht Wochen noch eine Reihe von größeren Ausgaben auf den Bundeshaushalt zukommen, wird der Gesamtzuwachs etwa bei 2% liegen. Diese stärkere Zunahme der Ausgaben zum Jahresende beruht auf bestimmten Sonderfaktoren: die zu-

sätzlichen Zahlungen für die EG oder etwa die Tatsache, daß die Personalausgaben im November doppelt so hoch sind wie in jedem anderen Monat.

Aber in absoluten Beträgen dürften die Minderausgaben 1984 voraussichtlich eine Größenordnung von 4 bis 5 Milliarden DM gegenüber dem Haushaltssoll erreichen. Dies ist wichtig, weil wir in der Tat in den Steuereinnahmen 1984 um vielleicht knapp 3 Milliarden DM hinter der Steuerschätzung des Frühjahrs zurückbleiben. Das ist nicht nur ein in den Ursachen negativer Tatbestand. Er beruht ja entscheidend — darauf hat der Finanzplanungsrat letzte Woche einstimmig hingewiesen — auf dem deutlichen Rückgang der Inflationsrate, der günstiger ist als unsere Erwartungen. Er beruht auf Sonderfaktoren, wie den Auswirkungen des Arbeitskampfs.

Insofern können wir dennoch davon ausgehen, daß die Neuverschuldung voraussichtlich unter 30 Milliarden DM bleibt. Das wäre ein weiterer Schritt zur Gesundung in der voraussichtlichen Bilanz dieses Jahres, freilich ein kleinerer als 1983. Aber die Richtung stimmt. Das ist entscheidend. Das, was uns heute und morgen zur Beschußfassung vorliegt, erweckt die Hoffnung auf einen wieder etwas größeren Schritt zur Konsolidierung und Gesundung im Jahr 1985. Die Richtung stimmt. Darauf können die Bürger sich verlassen.

Nach den parlamentarischen Beratungen wird der Bundeshaushalt — das wurde gesagt — nur 0,9% über dem Soll 1984 liegen. Nun bedeutet das, weil wir 1984 den Rahmen der Ansätze nicht voll ausschöpfen, tatsächlich einen Spielraum für eine Ausgabensteigerung 1985 um etwa 2 1/2%. Auf der niedrigeren Basis der Ausgaben 1984 können mit den jetzt vorgelegten Beschlüssen die Ausgaben

des Bundes 1985 um etwa 2,5% vielleicht 2,7 oder 2,8% steigen. Das ermöglicht es, trotz der etwas ungünstigeren Steuerschätzung, die Nettokreditaufnahme auf knapp 25 Milliarden DM zu veranschlagen. 1981 und 1982, in den letzten Jahren sozialdemokratischer Regierungsführung, waren es über 37 Milliarden DM. Wir kommen jetzt auf diesem Weg von 31,5 und 29 Milliarden in eine Größenordnung von voraussichtlich 24 bis 25 Milliarden DM.

Die Konsolidierung ist damit nicht beendet. Ich höre es mit ein bißchen Unbehagen, wenn auch in den Erfolgsbilanzen des einen oder anderen meiner politischen Freunde vor allem außerhalb von Bonn gesagt wird, die Konsolidierung sei erreicht. Sie ist nicht erreicht.

Unser Ziel muß es sein, die Neuverschuldung ohne Berücksichtigung des Bundesbankgewinns, der seit 1981 die Optik verbessert und verschönt, auf weniger als 20 Milliarden DM zu senken, um uns von der unerträglichen Last immer noch zu sehr steigender Zinsausgaben endlich zu befreien. Das heißt, die Zinsausgaben sollen langfristig nicht stärker wachsen als das Wachstum der Ausgaben.

Ich sage hier, Herr Kollege Apel — das ist nicht eine polemische, sondern eine grammatische Bemerkung —: Diese genannten Zahlen für 1983, 1984 und im jetzt zur Verabschiedung anstehenden Haushaltsplan 1985 zeigen, daß wir nicht nur eine neue Finanzpolitik betreiben, sondern eine Haushalt- und Finanzpolitik einer ganz anderen Qualität als in den Jahren seit 1969.

In den drei Jahren seit dem Regierungswechsel — unter Einbeziehung des Jahres 1985 — beträgt der jährliche Zuwachs im Schnitt 2%. Das ist eine andere Qualität der Finanz- und Haushaltspolitik, die wir in dieser Koalition verwirklichen.

Das nenne ich Konsolidierung, das nenne ich eine neue Finanzpolitik, die ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Verantwortung endlich wieder gerecht wird, vor allem der Zukunft unseres Volkes.

Es geht hier um die Interdependenzen, um die Wechselwirkungen. Und natürlich hat die neue Finanzpolitik zur Trendwende in der Wirtschaftspolitik beigetragen. Im letzten Jahr der Regierung Schmidt ist das Bruttonsozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland um mehr als 1% zurückgegangen; 1983 ist es um 1,3% gestiegen; 1984 werden wir voraussichtlich — trotz des Rückschlags vom Frühjahr — 2,5% Wachstum erreichen; für 1985 gibt es zunehmend Prognosen, die — optimistischer als wir — 3% für erreichbar halten, zuletzt vom Sachverständigenrat.

Hierzu sagt der Sachverständigenrat — ich zitiere —: ... Basis der Zuversicht, daß es in den kommenden Jahren gelingen kann, auch beim Beschäftigungsziel voranzukommen, ist die Diagnose, daß die Voraussetzungen für eine langgezogene wirtschaftliche Aufwärtsbewegung... stark verbessert sind...

An anderer Stelle heißt es: Die Voraussetzungen dafür sind so gut wie lange nicht mehr.

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen, Herr Kollege Apel, es führt doch kein Weg daran vorbei, daß die von Ihnen betriebene Politik 1980 und 1981 zu einem erschreckenden Ansteigen der Inflation geführt hat, 1981 und 1982 mit einer Inflationsrate zwischen 5,5% und 6,5%.

Wir können demgegenüber 1984 von einer Geldentwertungsrate von 2% ausgehen. Die genannten wissenschaftlichen Gutachten begründen die Hoffnung, daß wir auch 1985 eine Geldentwertungsrate von etwa 2% — die niedrigste im internationalen Vergleich! — halten können.

Zu wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen: Eine Politik, die zunächst breiten Schichten der Bevölkerung bestimmte Einschränkungen in staatlichen Transferleistungen zugemutet hat — das haben wir vor der Bundestagswahl gesagt und in der zweiten Stufe angekündigt —, hat sich in den sozialen Wirkungen durch die Berechnung der Inflation und der Inflationsmentalität als richtig erwiesen, gerade gegenüber den vielen Millionen mit niedrigeren Einkommen. Das können wir hier heute feststellen.

Sie hat sich auch als richtig und notwendig erwiesen, um wieder stabilere Grundlagen für die Betriebe, für unsere Volkswirtschaft, die einem härteren internationalen Wettbewerb entgegensteht, und damit für die Beschäftigungspolitik zu schaffen.

Lassen Sie uns einmal mit Ernsthaftigkeit darüber reden, welche Strategie zur Lösung unserer ökonomischen Fragen und der Fragen des Arbeitsmarktes wirklich Erfolg verspricht. Das genannte Gutachten der fünf Weisen, die ja einen gesetzlichen Auftrag vom Deutschen Bundestag haben und nicht einem Privatvergnügen nachgehen, ist natürlich ein bedeutender Hinweis für eine angemessene Debatte pro und contra. Sie stützen sich auf wichtige Indikatoren, wie etwa den letzten Info-Konjunkturtest, also den Konjunkturtest des Münchner Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts. Sie gehen davon aus, daß wir mit dieser starken Steigerung der privaten Investitionen rechnen können. Ohne diese Steigerung der privaten Investitionen, Herr Kollege Vogel, sehe ich keine Perspektive für eine Verbesserung auf dem Beschäftigungsmarkt, sehe ich keine Perspektive für eine Verbesserung auf dem Beschäftigungssektor.

Wir müssen durch eine neue Investitionsdynamik auf der Grundlage höherer Erträge für die Unternehmen und besserer Be-

dingungen für Kapitalbildung die Grundlagen für eine anhaltende Verbesserung der Beschäftigungssituation schaffen.

Wir haben im Oktober in der Arbeitsmarktstatistik zum erstenmal seit Anfang des Jahres wieder einen saisonbereinigten Rückgang der Arbeitslosenzahl um 24000 gehabt. Deswegen scheint es mir durchaus begründet zu sein, wenn der Sachverständigenrat sagt: Im Durchschnitt des nächsten Jahres kann die Arbeitslosigkeit um 100 000 zurückgehen, was im Jahresverlauf eine Zahl von über 150 000 bedeuten würde.

Das hochangesehene Institut der deutschen Wirtschaft unter Leitung von Professor Gerhard Fels hat gemeint, es könnte im Verlauf des nächsten Jahres auch eine Verringerung der Arbeitslosenzahl um 180 000 sein.

Wir alle können unabhängig von parteipolitischen Gegensätzen auch in der Arbeitsmarktpolitik ja nur hoffen, daß dies im Ergebnis eintrifft. Jedenfalls begründet dies erstmals wieder Hoffnung und eine Perspektive; denn ein Rückgang der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr von 7 bis 10 % wäre eine signifikante Veränderung, wenn auch in keiner Weise die Lösung dieses Problems, das uns noch viele Jahre begleiten wird.

Richtig ist, daß wir eine Umverteilung vorgenommen haben, aber eine Umverteilung für produktive Zukunftsinvestitionen, auf die unser Volk angewiesen ist, wenn es auch in 10, 20 Jahren eine Perspektive geben soll.

Lassen Sie mich nun noch einiges zu den Grundsätzen künftiger Finanzpolitik sagen. Zu den besonders bemerkenswerten Kapiteln im Sachverständigungsgutachten gehört für mich das Schlußkapitel, in dem über die Strategie künftiger Finanzpolitik reflektiert wird. Der Sachverständigenrat setzt sich dort mit drei möglichen Wegen

auseinander. Zunächst erörtert er eine Konzeption, die den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei zumindest nahekommt: Beibehalten der hohen Staatsquote, Beibehalten der Steuerquote und Beibehalten der Kreditaufnahme, d.h. also eine erhebliche Verstärkung der öffentlichen Ausgaben gegenüber unseren Plänen.

Der Sachverständigenrat lehnt diesen ersten Weg mit überzeugenden Argumenten ab. Gerade wer wirtschaftliches Wachstum bezweifelt, problematisiert, nicht mehr für wünschenswert oder für nicht mehr in nennenswertem Umfang erreichbar hält, muß die ehrliche Konsequenz ziehen, daß es dann auch kein Wachstum der Kreditfinanzierung geben kann, sondern nur eine noch drastischere Zurückführung, als wir sie vornehmen. Wer diese Konsequenz nicht zieht, ist unrechtfertig und täuscht sich selbst und andere.

Der zweite Weg, den der Sachverständigenrat erörtert, heißt: Die Absenkung der Staatsquote muß weitergehen.

Wir haben die Staatsquote zum Ende dieses Jahres auf voraussichtlich 48 % zurückgeführt. Ich bekräftige erneut, daß das nur ein Zwischenstadium sein kann und daß wir uns bis 1988 eine Rückführung der Staatsquote auf etwa 45 % vornehmen sollen.

Im internationalen Vergleich waren in der Beschäftigungspolitik nur drei Länder erfolgreicher als wir: Japan, die Schweiz und die USA. Sie alle haben eine Staatsquote von deutlich unter 40 %. Es lohnt sich auch für eine ideologisch vorgeformte — vielleicht manchmal etwas verformte — Partei wie die Sozialdemokraten, doch einmal die Ergebnisse der empirischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur Kenntnis zu nehmen.

Der zweite Weg bedeutet eine weitere Zu-

rückführung der Staatsquote, und er bedeutet eine weitere deutliche Rückführung der Kreditfinanzierungsquote. Darin sind wir uns einig. Das heißt allerdings konsequenterweise, daß wir die Steuerquote, das dritte Element, kurzfristig nicht so stark zurückführen können, wie wir es möchten.

Dann erörtert der Sachverständigenrat einen dritten Weg. Die Variante heißt: Ja, die Staatsquote zurückführen, die Steuerquote schnell zurückführen und dafür zunächst einmal die Kreditfinanzierungsquote auf dem jetzigen — immer noch hohen — Stand halten.

Meine Folgerung ist, daß wir noch für einige Jahre die Strategie 2 verfolgen müssen, daß sie aber in die Strategie 3, in den dritten Weg, einmünden muß. Das heißt, wenn wir die Neuverschuldung bei Bund, Ländern und Gemeinden weiter erheblich abgesenkt haben, muß der entstandene Spielraum für eine dauerhafte Verringerung der Steuerquote und nicht für neue Schleusen für Ausgabenprogramme genutzt werden.

Ich will sagen, daß mich diese Betrachtungen des Sachverständigenrates sehr ermutigen, die Kombination des zweiten und des dritten Weges in einer längerfristig angelegten Finanzpolitik zu sehen. Das bedeutet allerdings auch ein bißchen Geduld in der aktuellen steuerpolitischen Diskussion. Diese Bemerkung geht nicht nur an die Opposition, sondern auch an einige in der Koalition.

Ich will hier ein paar Grundsätze noch einmal deutlich machen: Nein zur Ergänzungsabgabe, Diskussion über eine eventuelle Lösung des sozialen Ausgleichs, die nicht eine Steuererhöhung bedeutet und die nicht Investitionen beschwert. Was für mich wichtiger ist, Herr Kollege Apel — ich lasse mal Ihre Betrachtungen über die verfassungsrechtliche Seite fast ganz beiseite —, ist folgendes. Wir wollen die Ge-

setzesvorlage zur Steuersenkung termingerecht auf den Weg und in das Gesetzgebungsverfahren bringen. Ich bekräftige das hier ausdrücklich für die Koalition und die Bundesregierung. Unser Ziel bleibt, daß die Gesetzgebung im Bundesrat und Bundestag im Januar beginnen kann, daß vor allem dieses Hohe Haus und sein Finanz- und Steuerausschuß bis zum Frühjahr genügend Zeit haben, die Ausschußberatungen zu führen, daß die Abschlußberatung und die Verabschiedung vor der Sommerpause erfolgen, damit das Gesetz 1986 in seiner ersten Stufe in Kraft treten kann. Die Vorlage des Bundesfinanzministers wird ungeachtet von allen möglichen öffentlichen Betrachtungen aus dem Lager der Koalitionsparteien über neue Elemente oder eine Stufe, zwei oder drei Stufen und Tarife hin und her erstellt, und die Vorlage des Bundesfinanzministers beruht auf Koalitionsvereinbarungen vom 20. Juni 1984 und dem Kabinettsbeschuß

vom 3. Juli 1984. Selbstverständlich ist das die Grundlage.

Wir wollen in der ersten Stufe ab 1986 die Kinderfreibeträge einführen, den Grundfreibetrag erhöhen und einen Zwischentarif vorsehen, dem 1988 die volle Tarifentlastung folgen soll. Dieser Vorrang der Familienpolitik und des Grundfreibetrages ist natürlich auch Ausdruck eines sozialen Akzents dieses Konzeptes, den ich hier noch einmal unterstreiche.

Mir lag daran, deutlich zu machen, daß die großen Aufgaben noch nicht gemeistert sind, auch nicht in der Konsolidierung. Aber der jetzt zur Entscheidung vorliegende Haushaltsentwurf des nächsten Jahres stellt die Weichen richtig. Er ist Anlaß zu einer zuversichtlicheren Betrachtung auch in seinen wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen. Lassen Sie uns alle nach dem Streit, der unvermeidbar ist, die Kräfte der begründeten Zuversicht stärken.

Eckdaten zur Haushaltsentwicklung des Bundes (in Mrd. DM)

	1984 Soll *)	1985 RegE	1985 Soll	1986	1987 Finanzplan	1988
Gesamtausgaben	257,14	260,23	-0,89	259,34	268,0	276,0
Steigerungsrate (in v. H.)	+ 1,6	+ 1,2		+ 0,9	+ 3,0	+ 2,9
Investitionen	35,68	36,18	-0,91	35,27	35,7	35,7
Investitionsquote (in v. H.)	(13,9)	(13,9)		(13,6)	(13,3)	(12,0)
Steuereinnahmen	200,08	211,74	-4,04	207,70	218,5	231,3
Bundesbankgewinn	11,37	10,50	+ 2,00	12,50	9,0	7,0
Neuverschuldung	31,24	23,97	+ 1,02	24,99	26,0	23,2
Bruttokredit- aufnahme	74,53	69,46	+ 1,22	70,68	88,9	85,9
Schuldendienst	71,63	75,10	-	75,10	94,6	96,8
- Tilgungen	43,29	45,49	+ 0,20	45,69	62,9	62,7
- Zinsen	28,34	29,61	-0,20	29,41	31,7	34,1

*) einschl. Nachtragshaushalt

NORBERT BLÜM:

Niemand muß um seine Rente fürchten

Wenn wir den Pulverdampf verziehen lassen und als Rabatt auch in Rechnung stellen, daß die Opposition in der Versuchung ist, die Lage schlechter darzustellen, als sie ist, und die Regierung in der Versuchung ist, die Lage besser darzustellen, als sie ist, kann man, meine ich, doch sagen: Den Rentnern geht es im allgemeinen gut.

Ich will das ja gar nicht als besondere Leistung herausstellen. Denn die Rentner haben sich ihre Rente selber verdient. Sie müssen niemandem „Danke schön“ sagen, weder der Opposition noch der Regierung. Das ist ihre Leistung. Es ist ja — das wollen wir nicht vergessen — eine Generation, die das meiste von dem mitgemacht hat, was es in diesem Jahrhundert zu erleben gab: zwei Weltkriege, zwei Inflationen, Vertreibung, Flüchtlingselend, Bombennächte. Ich denke, sie haben es in mehrfachem Sinne verdient, daß sie eine ausreichende Rente haben. Sie haben unser Land — wie man in meiner Heimat sagt — für'n Appel und 'n Ei aufgebaut. Sie haben das vollbracht, was andere später das Wirtschaftswunder genannt haben. Das war kein Wunder, das war deren Arbeit.

Es bleibt dabei: Wir haben das höchste Rentenniveau der Nachkriegszeit, ausgenommen 1977 — damals lag das Niveau für kurze Zeit einige Zehntel Prozentpunkte höher. Wir haben diesen Rentenrekord — das ist ein Rekord — gleichzeitig mit einem Preisstabilitätsrekord. Was kann den Rentnern Besseres blühen?

Im nächsten Jahr werden wir trotz niedriger Rentensteigerung nach 45 Versicherungsjahren immer noch ein Rentenniveau

von 72,2 Prozent haben. Das ist immer noch über 1 Prozentpunkt mehr als im Jahre 1980, mit dem sich die Sozialdemokraten als Wahlkampf mit einem Rentenniveau von 71 Prozent gebrüstet haben.

Unsere soziale Politik heißt Preisstabilität. Die hat ihren Preis. Sie können nicht Sozialleistungen mit Staatsschulden finanzieren und anschließend Preisstabilität erwarten. Das können Sie nicht!

Wer allerdings Preisstabilität — und die ist der größte Gewinn für die Rentner — haben will, der muß Schulden abbauen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung der Rentensicherheit.

Wir haben der Rentenversicherung durch Einnahmeverbesserungen und Leistungseinschränkungen 87 Milliarden DM mehr verschafft. Selbst wenn ich das abziehe, was Sie, Frau Kollegin Fuchs, kritisieren, sind es immer noch 60 Milliarden DM. Wie können Sie sich eigentlich über eine „unsolide Rentenpolitik“ beschweren, wenn bei Ihnen 60 Milliarden DM weniger in der Kasse wären? Wären Sie am Ruder geblieben, wäre die Rentenversicherung im Keller; sie wäre heute im 13. Stockwerk einer Tiefgarage.

Lassen Sie mich auch etwas zum Krankenversicherungsbeitrag der Rentner sagen. Wir erheben ihn jetzt mit 5 Prozent, die Rentner tragen mit 5 Prozent ihrer Rente zu ihrer Krankenversicherung bei. Wissen Sie, was die Krankenversicherung der Rentner kostet? Das sage ich nicht als Vorwurf, sondern nur, um es darzustellen: 42,9 Milliarden DM. Und wissen Sie, wieviel diese 5 Prozent ausmachen? 6 Milliarden DM, das sind genau 13,9 Prozent. Den Rest zahlen die Jungen. Den sollen sie auch zahlen, den müssen sie auch zahlen. Aber ich bleibe dabei: Man kann

auch von den älteren Mitbürgern ein Stück Solidarität mit den Jungen erwarten, denn auch deren Beitragsbelastung muß unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten geprüft werden.

Auch hier will ich noch einmal auf die Proportionen aufmerksam machen. Von 537 Milliarden DM unseres Sozialbudgets — bezogen auf 1983 — werden 208 Milliarden DM für Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Anspruch genommen. Wissen Sie, wieviel für Familien und Kinder? Über 200 Milliarden DM für Alterssicherung und Hinterbliebene, für Ehe und Familie 66,8 Milliarden DM. 38 Prozent für die Alten — das sei ihnen gegönnt —, aber nur 12 Prozent für die kinderreichen Familien. Das gehört zur Wahrheit, und das muß man öffentlich sagen. Unser Sozialsystem ist aus dem Gleichgewicht, es braucht eine neue Balance. Die Lastträger der Nation können nicht die kinderreichen Familien sein, die im übrigen auch dafür sorgen, daß es übermorgen noch Beitragszahler gibt.

Ich will auch den zweiten Punkt von Frau Fuchs hier aufgreifen: Arbeitslosigkeit. Das muß uns alle bedrängen. Als Lehrmeister, Rezeptgeber ist mein Vertrauen zu Ihnen relativ gering.

Eine Regierung, die in 13 Jahren die Arbeitslosigkeit um 1700 Prozent gesteigert hat, scheidet eigentlich aus, uns Vorschläge zu machen. Sie haben doch in der Abbruchfirma gearbeitet und tun heute so, als hätten Sie den Kölner Dom erbaut.

Wir haben das Arbeitslosengeld für die älteren Arbeitslosen verlängert.

— Nein, ich will keine Erfolgsmeldungen verkünden. Bei 2 Millionen Arbeitslosen kann man hier nicht so tun, als seien alle Probleme gelöst. Aber andererseits wehre ich mich dagegen, daß so getan wird, als gebe es nicht einen Lichtschimmer am Ende des Tunnels. Verbreiten Sie doch

nicht diesen Pessimismus! Wir können es schaffen, wenn wir zusammenstehen, wenn wir eine Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs betreiben.

Die saisonbedingte Zahl der Arbeitslosen hat im Oktober um 20000 abgenommen. Offene Stellen seit Jahresbeginn 1,2 Millionen mehr; Vermittlung 12,8 Prozent; Kurzarbeit um 45,2 Prozent zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen liegt unter der Arbeitslosenquote der Erwachsenen, zum erstenmal seit langer Zeit.

Nie gab es bei der Bundesanstalt mehr Arbeitsmarktmaßnahmen als in diesem Jahr. Da reden Sie dauernd von Kürzen, Sparen, davon, was wir alle für Unmenschen seien. Nie gab es mehr Arbeitsmarktmaßnahmen. 27 Prozent mehr als in Ihrem Regierungsjahr 1982.

Ich will meinen Beitrag schließen. Wenn wir die Preissteigerung auf weniger als 3 Prozent gedrückt haben, dann ist das für die Arbeitnehmer 20 Milliarden DM mehr Kaufkraft, für die Rentner 7 Milliarden DM, und die Sparer sind von einem Verlust von 16 Milliarden DM verschont geblieben.

Ein erfolgreicher Stabilitätskurs — das ist auch eine Erfahrung aus der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik —, ein Kurs, der die Kaufkraft der DM stärkt, kommt letztlich gerade auch den Arbeitnehmerhaushalten mehr zugute als eine Politik, die mehr verteilen will, als produziert wird.

Wir haben im Sozialhaushalt 1983 10,2 Milliarden DM gespart, 1984 4,8 Milliarden DM. Das ist uns nicht leichtgefallen. Trotzdem sind diese Sparmaßnahmen nur ein Viertel des Geldes, das wir ausgeben müssen, um die Zinsen für die Schulden zu bezahlen, die Sie uns hinterlassen haben. Es mag Sie langweilen: ich rede so lange von der Erblast, bis diese Hinterlassenschaft abgebaut ist.

MANFRED WÖRNER:

Ohne die Bundeswehr gäbe es die Sicherheit und Freiheit unseres Volkes nicht

Unser Verteidigungshaushalt trägt der Tatsache Rechnung, daß es unsere Verteidigungsanstrengungen sind, die unser Volk vor einem Krieg schützen und vor der Gefahr, politisch erpreßbar zu werden.

Deswegen spiegelt sich in diesem Haushalt die Entschlossenheit der Bundesregierung wider, auch bei schwierigen Haushaltsbedingungen die Kampfkraft und die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nicht nur zu halten, sondern auch zu steigern.

Wir haben unsere Anstrengungen ganz bewußt auf eine Tendenz in einigen Schwerpunktbereichen konzentriert, und zwar erstens auf die Verbesserung der Personallage. Zweitens haben wir inzwischen alle — ich wiederhole: alle — Einschränkungen im Betrieb der Streitkräfte beseitigt. Drittens: Die Streitkräfte werden — das kommt im Haushalt 1985 deutlich zum Ausdruck — vorrangig mit Peripheriegerät und mit Munition ausgerüstet. Schließlich: Die Mittel für Forschung und Entwicklung werden drastisch erhöht. Auch die Modernisierung von Großgerät wird dort eingeleitet, wo es notwendig ist; allerdings nur dort. Vor allem haben wir Personal- und Materialplanung von Anfang an aufeinander abgestimmt.

Ein kurzes Wort zum Schwerpunkt Nummer eins, zur Personallage. Sie wissen, daß die SPD-geführte Regierung noch 1982 die Zahl der Längerdienner um 8000 gekürzt hat. Wir haben diesen Fehler sofort korrigiert. Wir haben die Zahl der Längerdienner wieder drastisch und konsequent verstärkt. Heute ist die Lage bei den

Unteroffizieren die beste seit Bestehen der Bundeswehr.

Wir haben das Fehl an Unteroffizieren um 10000 abgebaut. Wir werden dafür sorgen, daß dies so bleibt. Wir werden den Anteil der Längerdienner von heute 258 000 auf 266 000 bringen.

Zum zweiten Personalproblem, dem Verwendungsstau: Sie wissen, daß unter Ihrer Verantwortung nichts, aber auch gar nichts geschehen ist. Wir haben in drei Haushaltsjahren 3500 Verwendungswechsel durchgesetzt. Das genügt nicht. Daher ist für die Offiziere des Truppendienstes eine Gesetzesinitiative in Vorbereitung. Für die Offiziere des militärfachlichen Dienstes und für die Unteroffiziere werden wir das auf andere Weise regeln.

Wir haben den Spitzendienstgrad für Unteroffiziere eingeführt, wir haben den Spitzendienstzeitausgleich wieder eingestellt. Wir haben — auch das haben Sie anerkannt — einen kräftigen Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit geleistet.

Ich möchte noch etwas zu einem Punkt sagen, bei dem ein entscheidender Kurswechsel vollzogen wurde, und zwar gerade in einem Bereich, den man nicht mit Heller und Pfennig messen kann. Ich meine den Respekt vor dem Dienst des Soldaten in der Öffentlichkeit. Wir haben diesem Respekt wieder Bahn gebrochen. Wir haben den Soldaten Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein zurückgegeben und damit einer Verunsicherung ein Ende gemacht, die die Folge immer weitergehender Konzessionen an die Linken war. Diese Bundesregierung und die sie tragen den Parteien stehen geschlossen zur

Bundeswehr. Sie lassen Soldaten, wenn sie angegriffen werden, nicht im Regen stehen.

Das ist ein entscheidender Unterschied. Wir haben uns nicht durch lautstarke Minderheiten beeindrucken lassen. Wir haben die Bundeswehr zu öffentlichen Auftritten ermuntert und werden sie auch künftig zu öffentlichen Auftritten ermuntern. Die Zahl der öffentlichen Gelöbnisse ist um das Dreifache gestiegen.

Wir werden diese Politik beibehalten, egal, ob es manchem gefällt oder nicht. Diese Soldaten der Bundeswehr haben sich nicht zu verstecken. Sie können sich zeigen. Sie sind es, die für die Sicherheit und die Freiheit dieses Volkes einstehen. Ohne die Bundeswehr gäbe es die Sicherheit und die Freiheit unseres Volkes nicht. Daher gebührt diesen Soldaten und im übrigen auch den zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr, wie ich denke, unser aller Dank.

DOROTHEE WILMS:

Ausbildungschancen für alle jungen Menschen

Wichtigstes Ziel — da besteht sicher Übereinstimmung — ist die Sicherung der Ausbildungschancen der jungen Menschen in allen Ausbildungsbereichen, in der beruflichen Bildung wie in der Hochschule.

Der Prozeß der Vermittlung von Jugendlichen in Lehrstellen geht in diesem Jahr schneller voran als im Vorjahr. Ich denke, daß wir auf eine Vermittlungsquote von 97 Prozent kommen.

Ihre Vereinigungstheorie, die Sie in diesen Tagen anscheinend wie einen roten Faden durch Ihre Debattenbeiträge führen zu müssen glauben, trifft auch in dieser Frage nicht zu.

Meine Damen und Herren, die Hilfen für die Jugendlichen, die ganz besonders schwierige Startchancen haben, haben für die Bundesregierung Vorrang. Die Mittel für das Benachteiligtenprogramm — ich muß es immer wieder sagen — in Höhe von 49 Millionen DM in 1982, im letzten Etatansatz der alten Bundesregierung sind jetzt um das Fünffache auf 256 Millionen DM in 1985 gesteigert worden. Damit können in diesem Jahr rund 12000 benachteiligte Jugendliche, die sonst keine Ausbildungschancen hätten, doch noch eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf beginnen. Zusammen mit den Jugendlichen, die sich bereits im Programm befinden, werden insgesamt 18500 Jugendliche durch die Mittel des Bundes eine Ausbildung bekommen.

Der Sicherung der Qualität der beruflichen Ausbildung dient auch die Fortführung des Programms zum Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Das Ziel dieses Programms, rund 77000 überbetriebliche Ausbildungsplätze als Ergänzung der betrieblichen Ausbildung zu schaffen, wird noch in dieser Legislaturperiode erreicht. Dann wird zu prüfen sein, wie technologische Entwicklungen in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu fördern sind. Die Beratungen werden im kommenden Jahr beginnen.

Die Politik des Offenhalts der Hochschulen ist nur möglich, wenn der Hochschulbau planmäßig fortgeführt wird. Dies ist der entscheidende — und verfassungsrechtlich mögliche — Beitrag des Bundes zur Bewältigung der aktuellen Überlast an den Hochschulen, die ansonsten in der Hauptsache von den Ländern geleistet werden muß. Die Bundesregierung hält daher auch für 1985 an dem hohen Volumen der Bundesmittel für den Hochschulbau von 1,15 Milliarden DM fest.

HEINER GEISSLER:

Zukunftschanzen für die Jugend gibt es nur in der Sozialen Marktwirtschaft

Ich will der Öffentlichkeit und dem Parlament einmal darstellen, was damals war und was sich in den vergangenen zwei Jahren geändert hat.

Zur Familienpolitik: Wir haben jetzt 10 Milliarden DM zusätzlich für die Familien beschlossen; bei Ihnen war es null bzw. minus. Sie hatten das Kindergeld gekürzt und arbeitslosen Jugendlichen das Kindergeld gestrichen.

Neuordnung des Kriegsdienstverweigerungsrechts: Die wurde von uns innerhalb von acht Wochen beschlossen und durchgesetzt. Bei Ihnen war null. Sie haben es acht Jahre liegenlassen.

Wir haben ein neues **Jugendschutzgesetz** auf den Weg gebracht. Dieses Gesetz verbietet endlich menschenverachtende Videofilme. Bei Ihnen war vor zwei Jahren null Komma null.

Wir haben die **Neuordnung der ärztlichen Ausbildung**, die überfällig war, auf den Weg gebracht. Bei Ihnen war null Komma null.

Wir haben die **Krankenpflege und Hebammenausbildung** verabschiedet. Bei Ihnen war null Komma null.

Die Gefahrstoffverordnung befindet sich in der Beratung. Bei Ihnen: null Komma null.

Bei Ihnen gab es eine Sozialhilfedeckung. Seit 1. Juli 1984 werden die **Sozialhilfesätze** in der Bundesrepublik Deutschland auf meinen Antrag hin und auf Beschuß des Parlaments wieder an den Preissteigerungen orientiert; die Sozialhilfesätze sind um 3,2 Prozent erhöht worden; die Preissteigerungsrate liegt bei

2 Prozent; die Sozialhilfeempfänger haben seit Jahren wieder einen realen Kaufkraftzuwachs...

Mit dem Thema Verelendung wollen Sie den Wahlkampf führen; jetzt will ich Ihnen einmal sagen, was wir gemacht haben; Kindergeld für Einkommensschwache, Kinderfreibeträge — alles beschlossen von der Bundesregierung; ich nehme an, daß Sie all diesen sozialen Maßnahmen in den kommenden Monaten Ihre Zustimmung geben werden —, Kindergeld für arbeitslose Jugendliche, Erziehungsgeld, Anerkennung der Erziehungsjahre, Verkürzung der Wartezeit in der Rentenversicherung von 15 Jahren auf fünf Jahre — Millionen von jungen Frauen können mit einem eigenen Rentenanspruch in die Ehe, in die Familie gehen...

Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Verbesserung der Regelungen für Kurzarbeit, Verdreifachung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Steigerung der Mittel für berufliche Bildung, Fortbildung und Umschulung um 20 Prozent, Vorruststandsregelung, Beseitigung von Beschäftigungshindernissen für Frauen, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Rentenniveau auf dem Höchststand.

Das nennen Sie Abbau des Sozialstaates. Meine Damen und Herren, Sie wissen doch: Lügen haben kurze Beine... und die SPD geht bereits auf dem Zahnfleisch.

Die Sozialdemokraten haben die Sozialleistungen bereits von 1975 bis 1981 mit insgesamt zwölf Gesetzen um insgesamt 94 Milliarden DM beschritten und die Beiträ-

ge der Arbeitnehmer zusätzlich um 38 Milliarden DM erhöht. Das, was Sie hier machen, hat doch keinen Sinn. Sie betreiben hier eine Politik der Sozialdemagogie.

Aber ich sage das eine: Die Beendigung der Schuldenwirtschaft und der Inflation ist gerade für Rentner und Arbeitnehmer wichtiger als gepumptes Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauszuwerfen, wie Sie das getan haben.

In diese Kampagne paßt auch das, was die Grünen betreiben, aber auch — das muß ich jetzt hinzufügen — z. B. die vom WDR am 13. November 1984 ausgestrahlte Monitor-Sendung. In dieser Stellungnahme, in dieser Sendung von Monitor — ich möchte hier jetzt auf die Anfrage des Kollegen Jaunich antworten —, wurde behauptet, der Bundeskanzler und ich hätten — beeinflußt von der BASF — amtlich darauf hingewirkt, in dem Bericht der drei Bundesoberbehörden, also in dem Bericht des Bundesgesundheitsamtes, des Umweltbundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Formaldehyd nicht als krebserzeugend einzustufen. Es habe eine entsprechende Einflußnahme durch mich und eine entsprechende Weisung von Staatssekretär Chory gegeben. Dazu wird ein Satz aus einem Vermerk des schon seit vielen Jahren amtierenden Vizepräsidenten des Bundesgesundheitsamtes über ein Gespräch im Bundesgesundheitsamt zitiert. Erwähnt wurde außerdem ein — verkürztes — Zitat aus einem Schreiben des für diesen Bereich ebenfalls seit einer Reihe von Jahren zuständigen Referatsleiters im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und an das Bundesministerium des Innern.

Ich möchte dem Hohen Haus mitteilen, daß dieser Vermerk des Vizepräsidenten des Bundesgesundheitsamtes über eine

gemeinsame Besprechung mehrere Punkte umfaßte.

Im ersten Punkt heißt es — ich verlese, um darzutun, wie gearbeitet worden ist:

Es soll einen gemeinsamen Formaldehyd-Bericht geben von BGA, UBA und, wenn irgend möglich, BAU. Das Bundesgesundheitsamt wird dieses Amt noch einmal einladen. Eine intransigente Haltung des Bundesamtes für Arbeitsschutz sollte aber eine gemeinsame Berichterstattung von BGA und UBA nicht hindern.

Danach endet die Monitor-Sendung des WDR, weil der Eindruck erweckt werden soll, es habe eine Weisung gegeben, daß nur ein einheitlicher Bericht abgegeben werden sollte. Aber der Vermerk geht weiter. Der Satz, der dann kommt, lautet:

Eine abweichende Meinung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz soll in dem Bericht aufgenommen werden.

Daß Monitor diesen letzten Satz verschweigt, kann ich nur als eine manipulative Fälschung bezeichnen.

Weder der vollständige Wortlaut des genannten Vermerks noch der des genannten Schreibens enthalten auch nur die Spur eines Anhaltspunktes dafür, daß eine Weisung über eine bestimmte Einstufung von Formaldehyd gegeben worden sei.

Ich erkläre hier vor dem Deutschen Bundestag: Dies ist nicht geschehen, weder vom Minister noch vom Staatssekretär noch vom zuständigen Abteilungsleiter noch von einem Beamten unseres Ministeriums. Ich ver wahre mich — auch für die hier von Monitor und anderer Seite hineingezogenen Mitarbeiter — entschieden gegen die wahrheitswidrige Behauptung, es sei politischer Druck vom Bundeskanzler, von mir oder von irgend jemandem sonst ausgeübt worden.

Heute ist deshalb beim Landgericht in Köln von mir der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den WDR eingereicht worden.

Es wundert nicht überhaupt nicht, daß hier in einer gemeinsamen Kampagne von einigen Journalisten, aber auch von den Grünen und, ich muß sagen, auch von Teilen der SPD, eine üble Diffamierungskampagne gegen die Bundesregierung nach bewährtem Muster gestartet worden ist — alles nach dem Motto, einen Zusammenhang zwischen der Industrie, der Bundesregierung und der Christlich Demokratischen Union herzustellen.

An dem Formaldehyd-Bericht haben 35 Wissenschaftler und drei Bundesoberbehörden mitgewirkt. An seiner Ausarbeitung sind ferner die Bundesanstalt für Materialprüfung, die Biologische Bundesanstalt und der Vorsitzende der Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe — der Mak-Kommission — der Deutschen Forschungsgemeinschaft beteiligt gewesen.

Nur in Gehirnen von Leuten, die offenbar den Beamten nichts anderes als Kadavergehorsam unterstellen und zur Wissenschaft ein gestörtes Verhältnis haben, kann der Gedanke entstehen, alle diese Persönlichkeiten und Institutionen könnten in einer solchen Weise beeinflußt und gleichgeschaltet werden.

Die Bundesregierung wird sich solche Manipulationen und Verleumdungen nicht mehr gefallen lassen. Ich halte das, was bei Monitor passiert ist, für eine Verletzung des Staatsvertrags und der Rundfunkgesetze. Diese Leute von Monitor bringen den ganzen WDR ins Gerede.

Ich möchte die an einer objektiven Berichterstattung und Information interessierten Journalisten beim WDR gegen diese Manipulatoren, die hier aufgetreten sind, in Schutz nehmen.

Ja, daß Sie von den Sozialdemokraten hier offenbar nicht Beifall geben, sondern daß Sie das, was hier von Monitor gemacht worden ist, offenbar billigen und zustim-

mend zur Kenntnis nehmen, finde ich ein ganz starkes Stück.

Wir werden — darauf können Sie sich verlassen — die Arbeiter bei der BASF darüber unterrichten, in welcher Weise mit dieser wichtigen Materie von politisch interessierter Seite Schindluder getrieben worden ist.

Nun ist hier die neue soziale Frage angeprochen worden.

Die Bundesregierung hat in der Sozialhilfe das Bedarfsdeckungsprinzip wieder eingeführt. Ich habe die neue soziale Frage in der Tat beschrieben und gesagt, daß Alter und Kinderreichtum Kennzeichen einer neuen Armut seien. Aber die Politik der Bundesregierung hat genau hier angesetzt.

Konsolidierung in der Rentenpolitik, Verkürzung der Wartezeit, mehr Teilzeitarbeitsplätze, arbeitsrechtliche Verbesserungen für die Arbeitsplatzteilung, das sind wesentliche Kennzeichen dieser neuen Politik, die den Menschen wirksam hilft.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen: Zur neuen sozialen Frage gehört auch der Schutz des ungeborenen Lebens. Die Bundesregierung weiß genau, daß mit der Geburt eines Menschen schwere Konflikte verbunden sein können. Der Staat kann nicht alle Konflikte lösen. Ehemänner, Partner, Eltern, die Gemeinde und die Nachbarschaft tragen hier eine große Verantwortung. Aber etwas kann der Staat erreichen — es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokraten hier lachen —: daß keine Frau deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine soziale Notlage gerät. Durch unsere Politik und durch die Einführung des Erziehungsgeldes wird z. B. eine alleinerziehende Mutter, wenn sie vorher keinen Beruf gehabt hat, monatlich 600 DM Erziehungsgeld bekommen, das nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Sie bekommt noch einmal 600 DM Sozialhilfe.

Das macht 1200 DM netto. Zusätzlich wird ihr die Miete bezahlt. Damit haben wir ein wichtiges soziales Problem für Mütter lösen können, ein Problem, das bisher nicht lösbar gewesen ist.

Im Jahre 1969, als wir die Regierung an die Sozialdemokraten abgegeben hatten, gab es in der Bundesrepublik 180 000 Arbeitslose, 1982 fast 2 Millionen. Die Staatsverschuldung lag bei 320 Milliarden DM. Der Staat stand kurz vor dem Bankrott.

Wenn in Schwaben oder in der Pfalz jemand unverschuldet in Konkurs gerät, dann ist er zunächst einmal still, geht in sich und ist ein paar Jahre ruhig, bevor er wieder anderen Leuten Ratschläge erteilt.

Die Sozialdemokraten haben aus ihrer Konkurspolitik überhaupt nichts gelernt.

Wir sagen, die beste Politik für unsere Jugend, für die Zukunftschancen der Jugend, besteht darin, daß wir ihr durch eine gute Sozial- und Wirtschaftspolitik wieder Hoffnung geben können.

Wir haben, wie der Sachverständigenrat ja gesagt hat, die konjunkturpolitischen Ziele erreicht. Beschäftigungsprogramme, wie sie von den Sozialdemokraten empfohlen werden, bewirken nichts. Was bei diesen Beschäftigungsprogrammen bleibt, das sind Schulden, nicht Arbeitsplätze.

Ob wir neue Arbeitsplätze haben, hängt aber auch von einer ganz anderen Frage ab, nämlich davon, ob es uns gelingt, die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als einer modernen Industrienation zu sichern, ob wir also in den kommenden

Jahrzehnten angesichts der Herausforderung durch die Vereinigten Staaten und Japan in der Lage sein werden, spitzen-technologische Produkte auf dem Weltmarkt abzusetzen. Deswegen gehört zur Jugendpolitik auch, daß wir jungen Menschen die Angst vor der Technik nehmen. Die Technik muß im Dienst des Menschen bleiben, aber ohne technischen Fortschritt gibt es keine Arbeitsplätze.

Die Grünen schlagen jetzt vor, daß die Ford-Werke statt Autos Fahrräder produzieren. Die Energieversorgung in Hessen wird sabotiert. Es wird die autofreie Stadt Berlin propagiert. In Hessen werden fünf Müllverbrennungsanlagen verboten. Die Stadt Frankfurt bleibt auf einer Million Tonnen Hausmüll sitzen. Das mag Ihre Politik sein; Grüne und Sozialdemokraten bleiben zusammen als gesellschaftspolitische Dinosaurier in der Gegend stehen. Jedenfalls ist dies keine Politik, die unseren jungen Menschen Hoffnung gibt.

Ein romantischer Rückfall und ein Ausstieg aus der Industriegesellschaft hätten für unsere Bevölkerung genauso katastrophale Folgen wie ein blinder Fortschrittsglaube. Soziale Sicherheit, Lebensstandard, Umweltschutz, Hilfe für die Menschen in anderen Kontinenten, Zukunftschancen für die Jugend gibt es nur in der Sozialen Marktwirtschaft.

Angesichts des Hungers in der Welt, der Bedrohung der Umwelt und der Gefahren für den Frieden können wir es uns nicht leisten, auch nur eine Stunde auf wirtschaftliches Wachstum, technischen Fortschritt und eine humane Sozialpolitik zu verzichten.

ALFRED DREGGER:

Eine Politik der geistigen und politischen Erneuerung

Seit dem 1. Oktober 1982 praktizieren wir unsere Politik der geistigen und politischen Erneuerung. Sie vollzieht sich vor allem auf vier Feldern:

- im Kampf gegen den Schuldenstaat,
- im Kampf gegen den Inflationsstaat,
- im Kampf gegen den Vorschriften- und Abgabenstaat, der Innovationen behindert und dadurch Arbeitslosigkeit produziert
- und im Kampf gegen eine Politik, die Kinderlosigkeit prämiert und Familien dem sozialen Abstieg aussetzt.

Auf allen vier Feldern haben wir mit beachtlichem Erfolg die Wende eingeleitet. Im Umweltschutz haben wir sogar eine Vorreiterrolle in Europa übernommen.

1. Kampf gegen den Schuldenstaat

Als die SPD 1969 die Regierung in Bonn übernahm, kündigte sie als eines ihrer wichtigsten Ziele die deutliche Erhöhung der Staatsquote an. Der Staat sollte in immer weitere Lebensbereiche der Bürger eindringen. So verfuhren sie auch. Das staatliche Aufgabenfeld wurde kräftig ausgeweitet, private Initiativen zurückgedrängt, der Entfaltungsspielraum der Unternehmer und der Bürger immer mehr eingeengt durch Vorschriften, Steuern und Abgaben.

Das Ergebnis war der Schulden- und Abgabenstaat, der sich einem Krebsgeschwür gleich ausbreitete und zur Lähmung der Volkswirtschaft führte. Auf diesem Felde war die Wende am dringlichsten. Die Regierung Helmut Kohl hat sie eingeleitet: Wir sind dabei, finanziellen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Die größte Steuerentlastung der Nachkriegszeit steht bevor. Gleichzeitig — und

darin liegt die Leistung — wird die Neuverschuldung schrittweise zurückgeführt. Beides wurde möglich, weil der staatliche Ausgabenzuwachs unter den Anstieg des Bruttosozialproduktes gedrückt wurde. Für das kommende Haushaltsjahr liegt der Ausgabenanstieg bei 1 Prozent. Darin übertrifft uns keine der Industrienationen. In der Solidarität staatlicher Finanzpolitik sind wir wieder Weltspitze.

2. Kampf gegen den Inflationsstaat

Was für die Bekämpfung des Schuldenstaates gilt, gilt auch für die Bekämpfung des „Inflationsstaates“. Die These des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, fünf Prozent Inflation seien besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, hat sich als falsch erwiesen — nicht nur ökonomisch.

Mit der Inflation stieg die Arbeitslosigkeit. Und nicht nur das. Die Inflation begünstigte die Schuldenmacher. Die Inflation verschlechterte die Situation der Sparer und der unteren Einkommensschichten.

Ein Prozent mehr Geldentwertung bedeutet eine Kaufkraftverschlechterung für die privaten Geldvermögen im Umfang von 18 Milliarden DM. Für die Arbeits- und Renteneinkommen bedeutet 1 Prozent weniger Inflation eine reale Erhöhung der Löhne und Renten in Höhe von 7 Milliarden DM:

Die Verringerung der Geldentwertungsrate von über 5 Prozent auf ca. 2 Prozent, also um mehr als 3 Prozent, die uns gelungen ist, erhöht die Kaufkraft der privaten Geldvermögen um ca. 50 Milliarden DM und die Einkommen der Rentner und Arbeitnehmer um ca. 20 Milliarden DM. Unsere Stabilitätspolitik hat den Rentnern und den Arbeitnehmern der unteren Ein-

kommensschichten mehr geholfen, als jede nominale Lohn- und Rentenerhöhung bringen könnte.

3. Kampf gegen den Kosten- und Vorschriftenstaat

Es ist uns gelungen, den durch die verfehlte Politik der Regierungen Brandt und Schmidt ausgelösten raketenhaften Anstieg der Massenarbeitslosigkeit — um das Zehnfache von 200 000 auf nahezu 2 Millionen mit steigender Tendenz — zu stoppen. Die Kurzarbeit ist drastisch zurückgegangen. Der Sachverständigenrat rechnet für das kommende Jahr mit einem nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Von Jahr zu Jahr erzielen wir Ausbildungsrekorde. Ich danke den deutschen Ausbildungsbetrieben.

Wir haben Tarifautonomie, und niemand wird sie anrühren. Aber die Folgen der Tarifentscheidungen treffen alle, das ganze Volk. Und seine legitimen Vertreter sind wir, niemand sonst. Deshalb haben wir nicht nur das Recht, wir haben die Pflicht, zu mahnen und zu drängen zu Entscheidungen, die mit dem Gemeinwohl vereinbar sind. Wir haben das zum Thema Arbeitszeitverkürzung in aller Offenheit getan.

4. Kampf gegen eine Politik, die Kinderlosigkeit prämiert und Familien ins Abseits stellt

Auch in der Familienpolitik hat sich ein grundlegender Wandel vollzogen. Das ist nicht nur an Haushaltsszahlen abzulesen. Uns ging und geht es um eine ideelle und moralische Offensive für Kinder, Mütter und Familien. Die Wertschätzung, die wir für sie empfinden, muß ihren Ausdruck erhalten auch in den Rahmenbedingungen, die der Staat setzt.

In den 70er Jahren mußte der durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer erkennen, daß Kinderreichtum sozialen Abstieg bedeutete. Nicht weniger schädlich wirkte sich ein anderer Umstand aus. Die

SPD setzte die Familie auch als Institution herab. Sozialdemokratische „Familienpolitik“ stufte die Eltern als „Bezugspersonen“ für Kinder ein und Kinder als „Objekte elterlicher Fremdbestimmung“. Im regierungsamtlichen Familienbericht hieß es 1975 in neomarxistischem Soziologendeutsch, die Familie sei eine „Sozialisationsagentur“ mit „Kosten für pädagogische Dienstleistungen“; sie sei ein „Konsumträger“ und regele den „Reproduktionsprozeß der Gesellschaft“. Der Familienfeindlichkeit, die sich in dieser schrecklichen Sprache — ich empfinde sie als unmenschlich — ausdrückt, haben wir den Kampf angesagt. Wir bauen die Benachteiligungen und Barrieren ab, die dem natürlichen Wunsch nach Kindern entgegenstehen.

Wir dehnen das Erziehungsgeld ab 1986 auf alle Mütter bzw. Väter aus, die sich ihrem Kind in seinem ersten Lebensjahr ganz widmen. Wir erhöhen es ab 1988.

Wir berücksichtigen die durch Kinder entstehenden Kosten bei der Steuerbemessung endlich wieder durch einen beachtlichen Kinderfreibetrag ab 1986. Den unteren Einkommensschichten, die davon nicht profitieren, geben wir einen Zuschlag zum Kindergeld.

Ab 1. Januar 1985 wird für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und für junge Arbeitslose bis zum 21. Lebensjahr wieder Kindergeld gezahlt und damit das Unrecht beseitigt, das die SPD beim Kindergeld angerichtet hatte.

Der größte Fortschritt vollzieht sich für Mütter im Rentenrecht. Erstmals wird wenigstens ein Erziehungsjahr als Leistung bewertet, die sich rentensteigernd auswirkt.

Der Haushalt 1985 beschreibt mehr als eine finanzpolitische Wende. Er ist Ausdruck einer neuen Politik. Auf ihre Ergebnisse können alle stolz sein, die daran mitgewirkt haben, Regierung und Koalition, FDP, CSU und CDU.

AUSSENPOLITIK

Treffen Reagan-Kohl: Neue Anstöße zur Rüstungskontrolle

Am 30. November 1984 setzten Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan in Washington ihren regelmäßigen Meinungsaustausch über gemeinsam interessante Fragen fort. Der Bundeskanzler, der auch mit Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger sprach, war der erste Regierungschef, der Präsident Reagan nach seinem überwältigenden Wahlsieg traf. Nach dem Treffen erklärten sie gemeinsam u. a.:

Da wir uns als Demokraten aktiv am KSZE-Prozeß beteiligen, kann unsere Zusammenarbeit mit besonderem Erfolg die humanitären und politischen Aspekte der Bemühungen um den Frieden deutlich machen. Aufgrund unseres Bekenntnisses zur Schlußakte von Helsinki sowie zu den anderen einschlägigen multilateralen und bilateralen Dokumenten nehmen wir die Teilung Europas nicht als dauerhaft hin. **Wir werden uns darum bemühen, das menschliche Leid zu verringern, das durch die tragische Barriere verursacht wird, die den Kontinent und insbesondere das deutsche Volk teilt.**

Der Bundeskanzler unterstützte die unveränderte Bereitschaft des amerikanischen Präsidenten, mit dem sowjetischen Generalsekretär zu einer sorgfältig vorbereiteten Begegnung zusammenzutreffen. Der Bundeskanzler befürwortet auch den amerikanischen Vorschlag für regelmäßige Gespräche und Zusammenkünfte auf ho-

her Ebene, die den Willen beider Seiten zeigen würden, in Fragen des Friedens, der Sicherheit und der internationalen Stabilität zusammenzuarbeiten. **Der Präsident begrüßt die anhaltenden Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland um Dialog und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und allen Staaten Mittel- und Osteuropas.**

Der Bundeskanzler und der Präsident betonen, daß die gültige Bündnisstrategie der Vorneverteidigung und flexiblen Reaktion seit vielen Jahren einen unverzichtbaren Beitrag zur Wahrung des Friedens in Europa leistet und weiterhin leisten wird. Ziel dieser Verteidigungsstrategie ist und bleibt es, jeden Krieg zu verhüten. Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigen den von allen NATO-Mitgliedstaaten anerkannten Grundsatz, daß keine ihrer Waffen jemals eingesetzt wird, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten bedauern, daß die Sowjetunion im Unterschied zu dem von der NATO beschlossenen und 1980 begonnenen Abbau von 2400 nuklearen Gefechtsköpfen ihre nuklearen Kräfte weiterhin verstärkt und gleichzeitig die bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf abgebrochen hat.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten halten es sowohl im Hinblick auf einen künftigen Erfolg bei den Rüstungskontrollverhandlungen als auch im Hinblick auf die Sicherheit des Bündnisses für unerlässlich, daß die NATO die Stationierung entsprechend dem Be-

schluß von 1979 fortsetzt, solange konkrete Verhandlungsergebnisse ausbleiben. Das Bündnis hat erklärt, daß es unverändert bereit ist, gemäß einem ausgewogenen nachprüfbarer Abkommen die Stationierung zu beenden, abzuändern oder rückgängig zu machen, einschließlich des Abzuges und der Verschrottung bereits in Europa stationierter Flugkörper.

Der Bundeskanzler und der Präsident halten es für unerlässlich, das sich ständig zugunsten des Warschauer Pakts vergrößende Kräfteungleichgewicht im konventionellen Bereich zu verringern. **Eine Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit würde daher dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit des Bündnisses in vollem Umfang zu erhalten, die Abschreckung zu stärken und die Nuklearschwelle anzuheben.**

Präsident Reagan begrüßt die jüngsten Initiativen der Westeuropäischen Union und den verstärkten Dialog zwischen der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) und ihren nordamerikanischen Partnern bei der Ermittlung von Bereichen, in denen eine Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Nutzung vorhandener Ressourcen Erfolg verspricht. Sie betonen ebenso, daß eine bessere Nutzung der verfügbaren Mittel und Technologien durch umfassendere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf wirtschaftlichem Gebiet und in der Rüstung wichtig ist.

Der Bundeskanzler und der Präsident streben auf der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) eine Einigung über militärisch bedeutsame vertrauensbildende Maßnahmen an, die in ganz Europa angewandt werden und es somit den Teilnehmerstaaten ermöglichen, die bestehende Verpflichtung, sich der Androhung und Anwendung von Gewalt zu erhalten, zu bekräftigen und ihr konkreten Ausdruck zu geben.

Sie bekunden ihre Entschlossenheit, darauf hinzuwirken, daß in Genf Fortschritte in Richtung auf ein nachprüfbares, umfassendes, weltweites Verbot chemischer Waffen erzielt werden.

Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigen die Bedeutung und Notwendigkeit ständiger enger und intensiver Konsultationen innerhalb des Bündnisses über die anstehenden Fragen. Insbesondere betonen der Präsident und der Bundeskanzler die Bedeutung enger Konsultationen über alle Rüstungskontrollfragen und bekräftigen ihre Entschlossenheit, auch in Zukunft aktiv zu diesem Konsultationsprozeß beizutragen.

Rheinbrücken sowjetisches Manöverziel

Die sowjetischen Truppen in der DDR proben nach den Angaben von Verteidigungsminister Wörner Angriffe auf die Bundesrepublik. In einer von der CDU/CSU beantragten „Aktuellen Stunde“ im Bundestag teilte Wörner mit, alle Elemente, die einen schnellen Vorstoß auf das Bundesgebiet ermöglichen — gepanzerte Kampffahrzeuge, selbstfahrende Artillerie und Luftsturmbrigaden —, seien in den letzten Jahren konsequent modernisiert und umgeleitet worden.

Anlaß der Debatte waren die vor kurzem vom Verteidigungsministerium offiziell bekanntgegebenen abgehörten Funksprüche sowjetischer Manövertruppen, die Mitte September bei einer Stabsübung (Übung ohne Truppen) in der DDR genau eingewiesen wurden, wie beispielsweise die Städte Braunschweig, Hildesheim und Peine einzunehmen seien, wie die Autobahn bei Hannover-Seesen zu überqueren sei und wie am schnellsten die Rhein-Linie — die Düsseldorfer Rheinbrücken wurden erwähnt — erreicht werden könne.

■ CDU SAAR

Zuversicht für die Landtagswahl

100 Tage vor der Landtagswahl hat die CDU Saar ihre Weichen auf Sieg gestellt. Der Landesvorsitzende der CDU Saar und Ministerpräsident des Saarlandes, Werner Zeyer, äußerte sich zuversichtlich, daß die CDU auch weiterhin die führende politische Kraft im Saarland bleiben wird. „Wir sind der Offensive. Die Bürger spüren es.“ Vor den Delegierten des Landesparteitages rief Zeyer dazu auf, vor der „gewaltigen Herausforderung“ und der „historischen Entscheidung“ des 10. März 1985 die Handschuhe auszuziehen und die Ärmel hochzukrempeln.

Vom Ausgang der Wahlen wird es nach den Worten von Zeyer abhängen, ob das Saarland auch künftig ein stabiles Land bleibt, oder ob es zum Experimentierfeld von linken Sozialisten und radikalen Grünen wird, die unser Land unregierbar machen würden. Bei allen wesentlichen Projekten und wirtschaftlichen Entscheidungen habe sich die SPD Saar selbst herausmanövriert. Sie sei unter Lafontaines Führung zur Außenseiterpartei geworden: Sie ist nicht mehr Volkspartei und nicht mehr die Partei der Arbeiter.

Als äußerst bedenklich wertete es Zeyer, wenn „Teile der Gewerkschaften“ aus falsch verstandener Treue zu bestimmten Entwicklungen in der SPD schwiegen oder sogar „den Schwenk und die Anbiederung der SPD zu den Grünen“ mit vollzögten und den „Ast, auf dem sie sitzen“, selbst absägten: Wenn die Gewerkschaften — und dies gilt besonders im traditionellen Industrieland an der Saar — der Verant-

wortung gegenüber ihrer Basis gerecht werden wollen, dann dürfen sie es nicht zulassen, daß ein rot-grünes Bündnis in diesem Land die Existenz von Tausenden ihrer Mitglieder und ihrer Familien gefährdet.

Zeyer, der ein eigenständiges Umweltministerium bei der Regierungsfortführung nach dem 10. März 1985 ankündigte, sprach sich für die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie aus. Sie kann aber nur erfolgen in und mit der Industriegesellschaft. Mit „nebulösen Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik“, mit „Radikalforderungen im Bereich der Umwelt“ und mit sicherheitspolitischen Phantastereien seien die konkreten Probleme des Saarlandes nicht zu bewältigen, betonte Zeyer.

Werner Zeyer, der nach seiner Rede von den 600 Delegierten stehend Beifall erhielt, rief alle Mitglieder der CDU auf, die Kräfte zu mobilisieren, damit die CDU auch nach dem 10. März 1985 in der Regierungsverantwortung bleibt.

Gastredner auf dem Landesparteitag der CDU Saar war der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth. Er forderte die Unionsparteien auf, „endlich in die Offensive zu gehen“ und ihre Erfolge nicht zu verschweigen: Bei einem Wachstum von 2,5 Prozent und einer Preissteigerungsrate von nur noch 2 Prozent zu ihrer Regierungszeit, hätte die SPD einen Sonderparteitag zur Selbstbejubelung einberufen, meinte er. Lothar Späth äußerte sich zuversichtlich, daß Zeyer seinen Herausforderer Lafontaine besiegen wird. „Der eine leistet solide Arbeit, der andere unsolide Sprüche.“

■ INFORMATION

Im Jahr 2030 nur noch 45,7 Mill. Bundesbürger

Bis zum Jahr 2030 wird es nach Voraussagen von Bevölkerungswissenschaftlern und Statistikern in der Bundesrepublik nur noch 45,7 Millionen Einwohner geben. Im Vergleich zu 1982 würde damit die Bevölkerungszahl um 26 Prozent sinken.

Diesen demographischen Ausblick gaben das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Ende 1983 lebten 61,3 Millionen Deutsche und Ausländer im Bundesgebiet und West-Berlin.

Die Prognose wurde anlässlich der Internationalen Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Mexiko-Stadt erarbeitet. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik soll den Berechnungen zufolge nur dann so stark zurückgehen, wenn die niedrige Geburtenrate anhält und keine Zuwanderungen zu verzeichnen sind.

„Hunderttausend Adolf Schmidts“

Die nordrhein-westfälische CDU will im bevorstehenden Landtagswahlkampf versuchen, jene SPD-Wähler von den Sozialdemokraten abzuspalten, die sich entschieden gegen ein rot-grünes Bündnis wenden. Der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, Kurt Biedenkopf, sagte vor Funktionsträgern seiner Partei: „Wir wollen im Ruhrgebiet hunderttausend Adolf Schmidts, die sagen, das machen wir nicht mit.“ Biedenkopf bezieht sich damit auf den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, der aus seiner Sorge, daß ein rot-grünes Bündnis gerade im Ruhrgebiet weitere Arbeitsplatzverluste bedeuten könnte, keinen Hehl macht.

Biedenkopf fordert den SPD-Ministerpräsidenten, Johannes Rau, auf, „endlich Farbe zu bekennen“. Biedenkopf sieht deutliche Anzeichen dafür, daß die von Rau gegebene Zusicherung, es werde kein rot-grünes Bündnis in Nordrhein-Westfalen geben, „nichts mehr wert ist“. Als untrügliches Indiz dafür wertet der westfälische CDU-Spitzenpolitiker die Absicht der SPD, schon am 17. Dezember mit Hilfe grüner Stimmen den Vorsitzenden der rheinischen Landschaftsversammlung zu wählen.

Harte Vorwürfe gegen NRW-Innenminister

Schwere Vorwürfe gegen den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor hat der Datenschutzbeauftragte des Landes, Heinrich Weyer, erhoben. Schnoor, der in der Regierung für den Datenschutz zuständig ist, habe erhebliche Mängel bei der Datensicherung in seinem Ministerium zu verantworten. Dies geht aus einem Bericht Weyers zur Veröffentlichung von Einzelheiten aus der Personalakte des FDP-Politikers Achim Rohde hervor.

„Der Spiegel“ hatte berichtet, Rohde habe 20 000 Mark für seine Tätigkeit im Kuratorium der gemeinnützigen Ferdinand-Lentjes-Stiftung kassiert, obwohl er damals als Regierungspräsident von Düsseldorf die Aufsicht über die Stiftungen seines Bezirks gehabt habe. Als der Verdacht aufkam, diese Informationen seien aus dem Innenministerium an das Nachrichtenmagazin gelangt, hatte Schnoor dies demontiert.

Entgegen den Beteuerungen von Ministerpräsident Johannes Rau, die Akten hätten im Ministerium unter Verschluß gelegen, kommt Weyer zu dem Ergebnis, daß die Stiftungsakte offen in einem Regal gestanden habe. Jeder Mitarbeiter habe Zugang zu der Akte gehabt.

■ CDU RHEINLAND

Bernhard Worms: „Wir werden siegen, wenn jeder das Beste gibt!“

Der Spitzenkandidat der CDU für die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 12. Mai 1985, Bernhard Worms, hat angekündigt, eine von ihm geführte Landesregierung werde sofort den Weg dafür frei machen, daß jährlich 1 500 Lehramtsanwärter angestellt werden könnten. In einer Mitarbeiterkonferenz der rheinischen CDU in der Düsseldorfer Stadthalle sagte er ferner, er würde als Ministerpräsident Zug um Zug die Städte, Gemeinden und Kreise aus der staatlichen Fachaufsicht entlassen und so die Eigenverantwortung der Bürger stärken.

Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, appellierte an die Partei, Fehler, die zweifellos gemacht worden seien, nun Vergangenheit sein zu lassen und offensiv die großen Erfolge der Regierung Kohl zu vertreten sowie kämpferisch die Auseinandersetzung mit der SPD und den Grünen zu führen.

Die Bürger seien viel stärker an den grundlegenden Fragen der Politik interessiert, meinte Geißler. „Wir haben in der Wirtschafts-, Sozial-, Familien- und Umweltpolitik eine positive Bilanz vorzutragen. Reden wir uns den Pessimismus nicht selbst ein und lassen wir ihn uns nicht einreden. Wir brauchen nur die Wahrheit zu sagen.“ Sie spreche eindeutig für die Politik der Bundesregierung.

Ausführlich beschäftigte Geißler sich mit der Annäherung zwischen SPD und Grünen. An die Adresse des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, der erklärt

hat, er wolle kein Bündnis mit den Grünen, sagte Geißler: „Johannes Rau kann man so wenig glauben wie Holger Börner. Diese Sozialdemokraten reden vor der Wahl anders als sie nach der Wahl handeln.“

Worms hatte zu Beginn der Konferenz scharf die Deutsche Presse-Agentur (dpa) kritisiert, die am Tag zuvor gemeldet hatte, eine CDU-Analyse gebe dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Rau für die Landtagswahl einen sehr großen Vorsprung vor dem CDU-Kandidaten Worms. Tatsächlich handelt es sich nicht um ein von der CDU in Auftrag gegebenes oder in der Partei erarbeitetes Papier, sondern um die Infas-Wahlanalyse der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl vom 30. September, am Tag nach der Wahl von dpa schon in Auszügen veröffentlicht.

Worms stellte fest: „Aus dieser umfangreichen Analyse des Meinungsforschungsinstitutes Infas ist für das Parteipräsidium eine Zusammenfassung erarbeitet worden. Die Deutsche Presse-Agentur hat diese alten Zahlen mit Umfrage-Ergebnissen aus der Zeit vor der Kommunalwahl vermischt. Mit der Nachrichtengabe ist es weit gekommen, wenn monatealte Zahlen einen Tag vor dieser Konferenz nur wenige Tage, nachdem die Flick-Affäre auch die hiesige Landesregierung erreicht hat, als brandneu verkauft werden.“

Zum Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Rede sagte Bernhard Worms: „Wenn jeder von uns das Beste gibt, sind wir am Abend des 12. Mai 1985 die stärkste Partei!“

Das aktuelle Buch

DIE GRÜNEN — Partei wider Willen

Bei dem Buch „DIE GRÜNEN — Partei wider Willen“ handelt es sich um einen Sammelband, der einen breiten Überblick über die grüne Partei gibt. Den Herausgebern, dem Historiker Dr. Klaus Gotto und dem Sozialwissenschaftler Dr. Hans-Joachim Veen, ist es gelungen, eine systematisch angelegte Gesamtschau der GRÜNEN vorzulegen, indem sie die Beiträge von sieben Autoren in einer sinnvoll angelegten thematischen Folge zu einem Werk zusammenfaßten.

Einführend werden darin wesentliche Linien der Entstehungsgeschichte der GRÜNEN nachgezeichnet. Relativ breiter Raum wird dann der komplexen politischen Programmatik, dem Demokratie- und Institutionenverständnis der GRÜNEN sowie ihrem Sprachverhalten im Deutschen Bundestag gewidmet. Eine interessante Interpretation versucht anschließend aufzuzeigen, aufgrund welcher Sozialisationsformen und -mechanismen die GRÜNEN-Anhänger ihre politischen Überzeugungen gewinnen. Auf der Grundlage einer detaillierten demoskopischen Analyse gewinnt der Leser abschließend einen guten Einblick in das sozio-kulturelle Profil der GRÜNEN-Wählerschaft.

Bemerkenswert an dem Sammelband ist vor allem, daß nach einer Flut von Eigen-

darstellungen der GRÜNEN nun eine wissenschaftlich-systematisch angelegte Analyse dieser Partei vorgelegt wird. Dem Leser werden auf der Basis einer reichen Faktensammlung viele Informationen über die GRÜNEN vermittelt und ergänzend Interpretationen über die Ursachen ihres Erfolges angeboten. Als Tenor des Buches ergibt sich, daß die GRÜNEN zwar eine Partei wider Willen sind, trotzdem aber zu mindest auf absehbare Zeit als politisch etablierte GröÙe ernstgenommen werden müssen.

Durch den Verzicht auf eine ausschließlich wissenschaftliche Darstellung sprechen die Beiträge einen breiten Leserkreis an. Auch durch ihre klare Gliederung erleichtern sie das Verständnis der Zusammenhänge. Ein ausführlicher Anmerkungsapparat und die sehr umfassende Bibliographie im Anhang stehen demjenigen zur Verfügung, der sich noch weitergehender informieren möchte.

Insgesamt füllt dieses sehr informative Buch eine Lücke auf dem Markt der Literatur über die GRÜNEN.

DIE GRÜNEN — Partei wider Willen / Helmut Berschin . . ., hrsg. von Klaus Gotto u. Hans-Joachim Veen. Mainz: v. Hase und Koehler, 1984 (Studien zur politischen Bildung; Bd. 9) ISBN 3-7758-1090-0

NE: Berschin, Helmut (Mitverf.); Gotto, Klaus (Mitverf.); GT
Preis: 19,80 DM

Hamburger Etat ein „bedauerliches Flickwerk“

Als ein „bedauerliches Flickwerk“ hat der Bund der Steuerzahler den vom Hamburger Senat vorgelegten Haushaltsplaneentwurf 1985 bezeichnet. Die Ausweitung der Kreditaufnahme verschaffe dem Senat zwar etwas politischen Spielraum, doch werde der Konsolidierungsbedarf in die Zukunft verlagert. Die Hansestadt stecke mit einer Gesamtschuldenlast von derzeit

14 Mrd. DM und einer Verdreifachung des Schuldendienstes innerhalb der letzten zehn Jahre in der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten, betont der Bund der Steuerzahler in seinen Konsolidierungsvorschlägen für den Hamburger Haushalt. Die Gesamtschuldenlast werde 1987 die Marge von 20 Mrd. DM erreichen. Mit einer Gesundung der Haushaltsslage könne in den nächsten zehn bis 15 Jahren nicht gerechnet werden.

Zur Sache:

Gute Aussichten für 1985:

„Chancen für einen langen Aufschwung“

Das sagen die Fachleute vom „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ - die sogenannten „Fünf Weisen“ - für nächstes Jahr voraus. In ihrem Jahrestgutachten bescheinigen sie der Regierung Helmut Kohl: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist auf dem richtigen Weg.

Nach Ansicht der „Fünf Weisen“ liegt die deutsche Wirtschaft deutlich im Aufwind.

► Die Neuverschuldung konnte schneller als erwartet drastisch gesenkt werden.

► Die Preise sind wieder so stabil wie zu Ludwig Erhards Zeiten.

► Die Wirtschaft hat wieder neuen Schwung.

Das sind Erfolge der Regierung Helmut Kohl. Und weil der Kurs

stimmt, erwarten die „Fünf Weisen“ für nächstes Jahr nur Gutes:

► Unsere Wirtschaft wird um reichlich drei Prozent wachsen. - Erinnern Sie sich noch an 1982? Damals regierte die SPD, und die Wirtschaft schrumpfte um 1,1 Prozent.

► Auch 1985 bleiben die Preise stabil. Sie werden nur um zwei Prozent steigen. - Erinnern Sie sich noch an 1982? Damals regierte die SPD, und die Preise stiegen um 5,3 Prozent.

► Die Investitionen werden 1985 um zehn Prozent steigen; der Export wird um sieben Prozent zunehmen. - Das entlastet auch den Arbeitsmarkt: Im nächsten Jahr werden 250.000 bis 300.000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz finden.

Das Gesamurteil der Sachverständigen lautet, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung Helmut Kohl „in den vergangenen Jahren vor allem den Weg der Solidität gegangen (ist). Sie hat damit die Vergangenheit aufgeräumt und eine bessere Zukunft vorbereitet ...“

CDU

 **sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Mit Oppositionschef Vogel hatte der Kanzler keine Probleme

Die Sterne standen für die SPD-Opposition so ungünstig nicht. Denn die Haushaltsdebatte, die am 27. November 1984 begann, ist mit einer Halbzeitbilanz der Regierung Kohl/Genscher verbunden. Kanzler Kohl, an dessen Amtsetat sich traditionell eine Generaldebatte zur Lage der Bundesregierung entzündete, hätte eigentlich aus sorgsamer Deckung und in Verteidigungsposition kämpfen müssen. Aber das setzt wohl einen politischen Gegner voraus, der dem Feldgeschrei gezielten Angriff folgen läßt. Und es muß einer an der Spitze stehen, der Kampfeslust und nicht Frust auf die Seinen überträgt. Mit Oppositionschef Vogel hatte Kanzler Kohl jedoch kaum Probleme.

(Rheinische Post, 28. November 1984)

Es war einmal, lang, lang ist's her: Daß die Generaldebatte aus Anlaß der Lesung des Kanzlerhaushalts die Stunde der Abrech-

nung war. Der Abrechnung vor allem der Opposition mit der Regierung. Gewiß, abgerechnet hat gestern im Bundestag auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, wie ein Buchhalter freilich, Häkchen setzend hinter die Pannenpositionen des Kanzlers. Hätte dieser Oppositionsführer Ärmelschoner am Rednerpult getragen, man hätte sich nicht gewundert. Von Debatte zu Debatte wirkt die SPD im Bundestag druckloser.

(Stuttgarter Nachrichten, 28. November 1984)

Es war eine echte Generalabrechnung, wie meist bei der Debatte über den Kanzlerhaushalt. Bundeskanzler Helmut Kohl war „ziemlich geladen“, wie einer seiner Vertrauten sagte, als der Regierungschef am frühen Nachmittag auf die Vorwürfe seines SPD-Kontrahenten Hans-Jochen Vogel antwortete. Fast genüßlich schilderte Kohl unter dem Gelächter des Hohen Hauses seinen gemeinsamen Auftritt mit Vogel am Vortag bei der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Helmut Kohl: „Ich dachte, jetzt wird er den Kumpels mal sagen, was moderner Umweltschutz ist. Aber er hat sich nicht getraut, vor den Gewerkschaftlern ein Wort über das Kohlekraftwerk Buschhaus zu sagen.“

(Kölnische Rundschau, 28. November 1984)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verleitung: Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.